

Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Lebeck KAKAO, SCHOKOLADE
MARKE DREIRING
Firma gegr. 1838.

Drahtseil: Nachrichten Dresden.
Verlagspreis-Gemeinschaft: 25 241
Kurs für Nachgelieferte: 20 011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Mariestraße 38/40.
Verlag von Wiegand & Reichardt in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Bezugsgebühr vom 1. bis 15. 5. 25 bei täglich zweimaliger Zustellung frei Haus 1,50 Mark. Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigenpreise. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1. Spalte 30 mm br., 2. Spalte 20 mm br., 3. Spalte 15 mm br., 4. Spalte 10 mm br., 5. Spalte 8 mm br., 6. Spalte 6 mm br., 7. Spalte 4 mm br., 8. Spalte 3 mm br., 9. Spalte 2 mm br., 10. Spalte 1 mm br. Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die 1. Spalte 30 mm br., 2. Spalte 20 mm br., 3. Spalte 15 mm br., 4. Spalte 10 mm br., 5. Spalte 8 mm br., 6. Spalte 6 mm br., 7. Spalte 4 mm br., 8. Spalte 3 mm br., 9. Spalte 2 mm br., 10. Spalte 1 mm br. Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unersorgte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

<h2>Hotel Bellevue</h2>	Nachmittag-Tee mit Konzert. Mittag- und Abend-Tafel im Terrassen-Saal an der Elbe. Bekannte vornehme Tafelmusik.	Jeden Mittwoch Abend <h2>Reunion</h2>
	Festsäle und Konferenzzimmer.	

Die Presse zur Abstimmung im Preußenhause.

Die Volkspartei entschlossen, mit den Deutschnationalen faktisch gemeinsam vorzugehen.
Tagung der Gesellschaft für Sozialreform. — Briands unmögliche Voraussetzungen für einen Sicherheitspakt.

Die „Zeit“ gegen die Große Koalition.

Berlin, 9. Mai. Ueber das Ergebnis der Abstimmung im Preussischen Landtage für das Kabinett Braun teilte die „Zeit“ mit, daß auf der Seite der Opposition die Deutschnationalen vollständig waren. Bei der Wirtschaftlichen Vereinigung schlossen zwei, bei der Deutschen Volkspartei fünf, bei den Kommunisten zwei Abgeordnete. Auf der Seite der Weimarer Koalition fehlten ein Sozialdemokrat, der infolge Erkrankung vor der Abstimmung den Saal verließ, sowie die beiden Zentrumsabgeordneten v. Papen und Baumann, die ärztlich entschuldigt fehlten.

Während einer von den fünf fehlenden Abgeordneten der Deutschen Volkspartei sich wegen einer Familienangelegenheit entschuldigt hatte, hängt das Fehlen der vier anderen Abgeordneten, wie das genannte Blatt vernimmt, mit der getrennten geschlossenen politischen Situation zusammen.

Da die Bildung eines Kabinetts der Volksgewinnlichkeit bereits sehr weit gediehen war, glaubten sich unter diesen Umständen die vier Abgeordneten zur Stimmeneinhaltung verpflichtet. Wie das Blatt betont, handelt es sich hierbei um eine faktische Haltung. Die völkernationale Fraktion besteht weiter auf ihrer bisherigen Haltung, wonach eine Regierungsbildung mit Einschluß der Deutschnationalen ausgeschlossen werden müsse.

Die „Zeit“ schreibt dann weiterhin, die Abstimmung habe keine Entscheidung gebracht, sondern sie sei wohl auch nichts weiter als eine der vielen Episoden, die sich in dem bisherigen Verlauf der preussischen Regierungskrise abwechselnd ereignet haben. Eine Mehrheit von sechs Stimmen genügt natürlich nicht, um dem Kabinett Braun eine Regierung zu ermöglichen, denn nach wie vor schwebt die Existenz dieses Kabinetts im ungewissen. Unter diesen Umständen würden die Parteien, die das Kabinett Braun stützen, darauf bedacht sein müssen, entweder die Basis des Kabinetts zu verbreitern, oder aber sie würden Herrn Braun veranlassen müssen, angesichts einer völlig ungenügenden Mehrheit zurückzutreten, um einem anderen Kabinett Platz zu machen. Um diese Möglichkeiten würden sich wohl die Verhandlungen in der nächsten Zeit drehen.

Die Deutsche Volkspartei sehe nach wie vor auf ihrem bisherigen Standpunkt und lehne es unbedingt ab, die Regierung der großen Koalition zu erneuern.

Von der Wirtschaftspartei gelte aber dasselbe, so daß das Kabinett Braun keine Aussicht habe, sich eine härtere Grundlage zu verschaffen. Dadurch rücke der Vorschlag wieder in den Vordergrund, der getrennt vor der Abstimmung zwischen den Fraktionen eingehend erörtert worden ist. Die Deutschnationalen hätten den Vorschlag zwar getrennt abgelehnt, man werde aber annehmen können, daß das letzte Wort damit noch nicht gesprochen sei.

Die „Arbeits-Ztg.“ sagt zu dem Abstimmungsergebnis: Daß bei der geringen Mehrheit der Opposition der Sturz des Kabinetts einmal vermieden wird, ist an sich nichts Auffallendes. Ein anderes Mal wird es um so sicherer fallen. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn die Deutsche Volkspartei absichtlich den Sturz des Kabinetts verhindern wollte. Daß die Deutsche Volkspartei gleich dem Zentrum Renzereien nicht wünscht, haben die Fraktionsverhandlungen des gestrigen Tages gezeigt. Diese Parteien haben sich gestern auffallend genähert.

Dem „Vorwärts“ genügt die gestrige Mehrheit für Braun. An der Mehrheit für das Reichskabinett gemessen, sei die Grundlage, auf der das Kabinett Braun ruhe, noch außerordentlich solide zu nennen. Es komme dazu, daß sich seit Jahren die Regierung Braun immer wieder als die einzig mögliche in Preußen erwiesen und durchgesetzt hätte. Daß die Auflösung nun vermieden worden ist, sagt der „Vorwärts“ weiter, das ist, wie schon oft, eine Tatsache, die wir mit einem neuen und einem weiteren Auge betrachten. Renzereien haben nicht zweifellos der Sozialdemokratie einen großen Erfolg, den Kommunisten die verdiente Niederlage gebracht. Weiter erklärt der „Vorwärts“, indem er sich gegen jeden Kuhhandel (!) ausspricht, wer die Mitwirkung der Sozialdemokratischen Partei an der Arbeit in Preußen wolle, der solle auch wissen, daß es für sie in Frage der Personen und des Programms keine weiteren Diskussionen geben könne.

soß erst Montag vormittag fortgesetzt werden. Die Deutsche Volkspartei hat sich in ihrer Sitzung entschieden, an ihrem faktischen Zusammengehen mit den Deutschnationalen unbedingt festzuhalten. Die Aussichten für eine Kabinetts-erweiterung werden heute vormittag aber allgemein ungünstig beurteilt.

Rheinlandkundgebung des Mainzer Männergesangvereins in Berlin.

Berlin, 9. Mai. Der Mainzer Männergesangverein ist heute früh auf dem Potsdamer Bahnhof in Berlin eingetroffen, um hier unter der Leitung des „1000 Jahre Rheinland“, eine große Rheinlandkundgebung zu veranstalten. Die Sänger wurden durch den Reichsverband der Rheinländer und durch Berliner Sängerbände empfangen. Heute abend findet in der Philharmonie ein großes Festkonzert des Mainzer Männergesangvereins statt. Für morgen vormittag 11 Uhr ist offizieller Empfang im Reichstag durch die Reichsregierung und die Stadt Berlin festgesetzt. Nach 12 Uhr findet ein Vorbereitungsbesprechung durch die Mainzer Gäste statt. Den Abschluß des Tages bildet ein rheinisches Volksfest, das abends im Sportpalast veranstaltet wird. An der Spitze des Ehrenfest-Ausschusses steht Reichsjustizminister Dr. Frenken.

Dämmerung auf der Linken?

Es liegt im Wesen des demokratischen Prinzips, den Willen des Volkes in jeder Beziehung zu achten. Und wenn es je bei uns eine Wahl gegeben hat, bei der der Mehrheit unmissverständlich zum Ausdruck gekommen ist, dann ist es die erste verfassungsmäßige Wahl des Reichspräsidenten, die durch den Willen der Mehrheit Hindenburg an die Spitze des Reiches gestellt hat. Hier hilft kein Verkleinern. Gewiß hat auch manche andere Wahl schon einträglich genug gesprochen, aber während es bei den Parlamentarischen immer noch möglich war, durch arithmetische Kunststücke Sinn und Ergebnis umzudeuten, ist hier jede andere Auslegung ausgeschlossen. Hindenburg ist nach den gesprochenen Grundsätzen der Demokratie das Oberhaupt des Reiches, und durch die Art, wie sich die auf die Demokratie schwörenden Parteien und Gruppen zu der Wahl Hindenburgs stellen, ergibt sich sofort eine reinliche Scheidung zwischen den Anhängern der Demokratie, denen diese Staatsform Grund und Hebelung bedeutet, und denen, die die Demokratie als Aushängeschild benutzen, um dahinter ihre wahren Bestrebungen zu verbergen. Als einer der ersten hat der badische Staatspräsident und demokratische Kandidat für die Präsidentenwahl Dr. Hellpach nach der Wahl Hindenburgs in einer Versammlung von der Verehrung gesprochen, mit der man dem neuen Reichspräsidenten gegenüberzutreten müsse. Er hat sich damit selbst geübt, und daran ändert auch die Tatsache nichts, daß der offiziöse Bericht über seine Rede aus der „Verehrung“ die etwas weniger verhängliche „Ehrfurcht“ gemacht hat. Auch Dr. Marx, der Gegner Hindenburgs im zweiten Wahlgang, hatte das neue Oberhaupt des Reiches seiner besonderen Hochachtung versichert und die Pflicht jedes Befenners zum Geist edler Demokratie betont, zu diesem Volkspruch zu stehen. In mannigfachen Variationen des Ausdrucks hatten zahlreiche Pressestimmen der Linken ähnliche Ansichten geäußert. Auch es auch vorläufig noch dahingestellt bleiben, ob und inwieweit diese Presseauslassungen mehr als lösende Worte sind, inwieweit aus ihnen wirklich eine ehrliche Bereitschaft zur Mitarbeit an dem überparteilichen Einigungswerk Hindenburgs spricht, so stehen sie immerhin in einem erfreulichen Gegensatz zu dem konzentrischen Angriff gegen die Reichspräsidentenwahl Hindenburgs, den die Sozialdemokratie bisher mit recht negativem Erfolge inszeniert hat und der es wieder offensichtlich macht, daß das demokratische Anhängel im Namen dieser Partei nur zur Verhinderung des Strebens nach der uneingeschränkten Herrschaft des klassenimperialistischen Proletariats dienen soll.

Mit einem Aufwand von zwei Seiten des „Vorwärts“ hatte die Sozialdemokratie ihren Vorstoß gegen die Wahl Hindenburgs eingeleitet, der getrennt in einer erfreulichen raschen Verhandlung durch den Versuch des Wahlprüfnungsgerichts des Reichstags dem Fluch der Väterlichkeit preisgegeben wurde und der in seiner von vornherein feststehenden Ausichtslosigkeit nichts anderes bezweckte, als eine Veräußerung der Anerkennung der Wahl, um dadurch den Eindruck des Sieges Hindenburgs bei den Wählern abzuschwächen und die Autorität des Reichspräsidenten zu untergraben. Raul-wirtschaft gegen ein Oberhaupt der Republik, das nicht von sozialistischen Gnaden ist, Schürung und Fortsetzung des Parteikampfes um jeden Preis gegenüber dem Reichspräsidenten von der nationalen Einigung ist das Ziel der Sozialisten. Das kommt zum Ausdruck in den erfreulichenweise noch rechtzeitig enthaltenen Vorbereitungen, den Tag der Vereidigung Hindenburgs am Dienstag durch Anleihen einer farbigen Karikatur in Berlin zur Aufreizung der Massen zu benutzen, und dieses Ziel allein ist maßgebend für den propagandistischen Erfolg, durch den der Reichsbannergeneral und sozialistische Oberpräsident der Provinz Sachsen, Hering, den Reichsbannerleuten die Teilnahme an der Vereidigung Hindenburgs bei seinem Einzuge in Berlin und am Vereidigungstage verbietet. Der gewaltige Eindruck der Kundgebungen, mit denen die Bevölkerung der Reichshauptstadt den neuen ehrwürdigen und verehrten Führer des Reiches begrüßt, wird natürlich durch das Fernbleiben der Massen Hering nicht im geringsten beeinträchtigt werden. Und man kann es schließlich auch verstehen, daß das Reichsbanner als Kampfgang gegen rechts und als Stoßtrupp in dem schärfsten Komplex gegen Hindenburg keine Rettung zeigt, sich offiziell an den Feierlichkeiten zu beteiligen. Die Frage der Teilnahme oder des Fernbleibens von der Hindenburg-Feier ist vielmehr

Hindenburgs Dank an die Stadt Hannover.

Hannover, 8. Mai. Der Generalfeldmarschall v. Hindenburg hat an den Bürgermeister Frid nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Bürgermeister! Ihnen, als dem Vertreter der mir seit langer Zeit so lieb gewordenen Stadt Hannover spreche ich meinen allerherzlichsten Dank aus für ihr so freundliches Schreiben vom 5. d. M. und den herrlichen Blumenstrauß, der Ihr Schreiben begleitete. Mit besonderer Dankbarkeit bedanke ich die große Freundlichkeit, die mir die Stadt dadurch erwies, daß sie mir mein Haus weiter zur Verfügung stellt. Ich hoffe, hier in den Mauern des schönen Hannover einige ruhige Tage verleben zu können. Die Stadt, in der meine geliebte Frau ihre letzte Ruhestätte fand, ist mir eine zweite Heimat geworden. Vielen Dank schließlich für Ihre so freundlichen Wünsche. Möge mit Gottes Hilfe meine Amtsführung dem deutschen Volke zum Segen gereichen. Mit vorzüglicher Hochachtung und ergebensten Grüßen an Sie, den gesamten Magistrat und alle meine Mitbürger bin ich Ihr ergebener v. Hindenburg. (W. F. H.)

Eine weitgehende Amnestie bevorstehend.

Berlin, 9. Mai. Auf die Mißtrauen des Reichsinhaltministers bei den Landesregierungen über die von dem Reichspräsidenten zu erlassende Amnestie ist keine Einwendung gegen die Grundzüge der Amnestie erhoben worden. Die Amnestievorläufe ist freilich durch den Gesamtkonferenzbeschluss des Reichspräsidenten veröffentlicht worden. Aus Mitteilungen des Reichsinhaltministers in der Zentrumspartei ist zu schließen, daß die Amnestie viel weitgehender sein wird, als bisher angenommen worden ist.

Fraktionsberatungen.

Berlin, 9. Mai. Unmittelbar nach Schluß der Abstimmung im Preussischen Landtag fanden seitens aller Parteien, mit Ausnahme des Zentrums, kurze Beratungen statt. In den Fraktionsberatungen wurde die weitere politische Lage besprochen und besonders auch die erst. Erwählung des Kabinetts Braun. Es liegen von seiner Seite bisher bestimmte Vorschläge vor. Die Aktion der Herren v. Richter für die Volkspartei und Vermeß für das Zentrum